

Bürgernähe nur Lippenbekenntnis? Koalition lässt Gäste Stunden warten

Chance zur Eigenwerbung wurde in Bieber kläglich vertan/Affront gegenüber den Besuchern

Von Bernhard Pelka
Offenbach Die Stadtverordneten haben ihre jüngste Sitzung wegen Renovierungsarbeiten im Rathaus ausnahmsweise in der Halle des Turnvereins Bieber absolviert. Da wäre es ein feiner Zug gewesen, die Tagesordnungspunkte, die Bieber betrafen, ganz nach vorn auf die Debattenliste zu setzen. Doch die Koalition aus SPD, Grünen und FWG lehnte diese Idee ab. Dabei saßen im Saal zahlreiche Bewohner des Stadtteils, die sicher gern ge-

hört hätten, was ihre Parlamentarier zum Beispiel zur Gestaltung des Ostendplatzes zu sagen hatten. Man sah sogar Eltern mit Kindern.

Weil aber verständlicherweise keiner bereit war, von 17 bis gegen 22 Uhr abzuwarten, bis endlich Bieberer Themen dran waren, hatten die Gäste die Halle längst verlassen, als ihre Angelegenheiten zur Sprache kamen. Und die Parlamentarier redeten sich vor fast leeren Zuschauerstühlen die Köpfe heiß.

Zunächst Ferdi Walther

(FDP) und dann der CDU-Fraktionsvorsitzende Günther Hammann hatten versucht, diesen Affront gegenüber dem gastgebenden Stadtteil zu verhindern. Als es zu Be-

ANGEMERKT

ginn der Sitzung gegen 17.30 Uhr um Wünsche zur Tagesordnung ging, appellierten Walther und Hammann, die Bieberer Themen ganz nach vorn zu rücken - damit sich das Kommen für die Zuhörer

lohnt und ihr Interesse nicht enttäuscht wird, weil sie unverschämte lange warten müssen. Die Koalition lehnte Walthers und Hammanns Antrag ab. Mit der schon beschriebenen Folge.

Das ignorante Verhalten der Rathausmehrheit müssen die Gäste wie einen Schlag ins Gesicht empfunden haben. So ähnlich könnte es dem Stadtverordnetenvorsteher Manfred Wirsing ergangen sein. Denn erst zu Beginn dieser Regierungsperiode, im April, hatte er die Stadtver-

ordneten angesichts einer miserablen Wahlbeteiligung und des großen allgemeinen Desinteresses an der Politik zu mehr Bürgernähe ermahnt.

Es hat nichts genützt. Eine große Chance, an Popularität zu gewinnen und Eigenwerbung zu betreiben, ist in Bieber kläglich vertan worden - wie vorher allzu oft im Rathaus-Sitzungssaal. Gelegentlich muss es Besuchern erscheinen, als sollten heikle Themen möglichst spät unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten werden.

Die Straßenlaternen werden für die Bieberer teurer als erwartet

Streitfrage: Wann war die Erneuerung der Beleuchtung abgeschlossen?

Offenbach (bp) Anlieger der Aschaffenburger Straße in Bieber werden für die Erneuerung der Straßenlaternen von der Stadt mehr zur Kasse gebeten, als sie angenommen hatten. Die Rathausmehrheit aus SPD, Grünen und FWG hat beschlossen, dass Anwohner von den 616.500 Mark Kosten 60 Prozent (369.900 Mark) tragen müssen. Bisher hatten die Bürger mit 30 Prozent gerechnet.

Die Preissteigerung kommt zu Stande, weil die Stadt von Beginn der Baumaßnahme im

Jahr 1988 bis zu ihrer Abrechnung heute mehrfach die Beitragssatzung geändert hat. Während der Donnerstagsitzung des Parlaments kam es zu heftigen Debatten, welche Satzung anzuwenden sei.

FDP und CDU verlangten, die Beitragssatzung von 1990 anzuwenden. Der FDP-Stadtverordnete Rainer Carls argumentierte, die Erneuerung der Laternen sei schließlich 1990 abgeschlossen worden. Folglich müsse die damals gültige Satzung Anwendung finden. Es sei nicht statthaft, „dass

die Stadt mit der Abrechnung der Maßnahme wartet, bis eine für sie günstigere Satzung gilt“.

Dieser Einschätzung widersprach Baudezernent und Bürgermeister Stephan Wildhirt. Die Baumaßnahme sei erst mit dem Eingang der letzten Unternehmerrechnung im Rathaus als beendet anzusehen. Und dies sei 1998 gewesen. In Bieber seien Luxus-Leuchten installiert worden. In Nachhinein werde nun versucht, „nicht zu zahlen, was sie gekostet haben“.

Dagegen protestierte Paul-Gerhard Weiß (FDP) heftig. Wildhirt verdrehe auf dreiste Weise die Tatsachen. Schließlich habe die Stadt den Termin der Fertigstellung und Abrechnung wohl aus wahltaktischen Gründen „vollkommen willkürlich“ festgelegt und immer wieder verschoben.

Wildhirt räumte ein: „Die Politik hat versucht, den Leuten einzureden, sie müssten nicht zahlen.“ Das sei aber weit vor seiner Zeit als Baudezernent geschehen.



DIE EHRENBEZEICHNUNG STADTÄLTESTE/R dürfen jetzt die ehemaligen Parlamentarier Erika Seidel (links), Lore Rutkowski (Zweite von links) und Achim Lay (Zweiter von rechts) tragen. Die Stadtverordnetenversammlung hat dies beschlossen. Stadtverordnetenvorsteher Manfred Wirsing (rechts) gratulierte den Jubilaren und dankte ihnen für ihr Engagement und die gute Zusammenarbeit über Jahrzehnte hinweg. Oberbürgermeister Gerhard Grandke (Mitte) lobte, die neuen Stadtältesten hätten „viele mitgestaltet und mitgeholfen, das Gesicht unserer Heimatstadt positiv zu verändern“. Erika Seidel überreichte dem Parlament als Dankeschön ein von ihr gestaltetes Bild aus Kieselsteinen.

Foto: Georg